

Frage zum Thema Demokratie und Bürgerrechte

22.01.2013

Von:

Henny Kellner

Sehr geehrter Herr OB Jung,
die für uns und viele Leipziger äußerst wichtige Frage lautet:

Wie ist Ihre Position zum Bürgerbegehren "Privatisierungsbremse für Leipzig"? Link: privatisierungsbremse.wordpress.com Das Bürgerbegehren fordert, dass Beschlüsse zur Veräußerung kommunalen Eigentums künftig im Stadtrat nur noch mit einer Zweidrittel-Mehrheit und damit in einem breiten Konsens entschieden werden können.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Landesvorstand Mehr Demokratie e.V. Sachsen

Antwort von Burkhard Jung

bisher keine ★Empfehlungen

04.02.2013



Sehr geehrte Frau Kellner,

Sie sprechen mit der öffentlichen Daseinsvorsorge ein wichtiges und komplexes Themenfeld an, das ich in den vergangenen Jahren intensiv und aufmerksam begleitet habe. Die Sicherung öffentlicher Dienstleistungen gehört für mich zu den wichtigsten politischen Gestaltungsaufgaben. Denn die Qualität der Leistungserbringung wird maßgeblich dadurch beeinflusst, ob sie durch die öffentliche Hand oder von Privaten erfolgt.

Bereits seit Jahrzehnten wird weiten Bereichen der öffentlichen Hand von Neoliberalen Ineffizienz und eine überzogene Ausdehnung vorgeworfen. Die unter anderem mit dieser Kritik begründeten Privatisierungstendenzen folgten in Deutschland einem globalen Trend der Reduzierung der staatlichen sowie kommunalen Aufgaben, Einrichtungen und Beschäftigtenzahlen. Intensiviert wurde dieser Prozess durch eine angespannte finanzielle Situation der staatlichen und kommunalen Haushalte.

Aufgrund der inzwischen gemachten Erfahrungen wird der Privatisierung von Teilen der öffentlichen und kommunalen Infrastruktur inzwischen mit Skepsis begegnet. In vielen Fällen haben sich die Erwartungen hinsichtlich einer nachhaltigen Entlastung der Haushalte der Gebietskörperschaften nicht erfüllt. Zugleich bedeuten die durchgeführten Privatisierungen einen deutlichen Verlust politischer Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten, insbesondere auf der kommunalen Ebene. Dieser Steuerungsverlust hat neben finanziellen und qualitätsbezogenen Risiken auch zur Folge, dass sowohl regionalwirtschaftliche als auch klima- und sozialpolitische Impulse von den Kommunen selbst nur noch in einem begrenztem Umfang gesetzt werden können. Das dies nicht eben zu einer größeren politischen Akzeptanz beiträgt, bedarf hier keiner weiteren Ausführung.

Zu einer deutlich kritischeren Auseinandersetzung der mit Privatisierungen verbundenen Folgen hat zudem die Finanzkrise beigetragen. Die Bedeutung des Staates für die Sicherung von Märkten mit zentraler volkswirtschaftlicher Bedeutung wird seitdem deutlich anders beurteilt. Öffentliche Aufgabenerbringung erfährt zu Recht wieder eine gesellschaftliche

Aufwertung. Im Falle der öffentlich-rechtlichen Sparkassen führte dies beispielsweise dazu, dass die kommunale Säule des Bankensystems, die noch vor nicht all zu langer Zeit unter politischem Privatisierungsdruck stand, mittlerweile auf Bundesebene parteiübergreifend wieder als ein wichtiger Stabilitätsfaktor des gesamten deutschen Finanzsystems angesehen wird.

Neben unserer Stadt- und Kreissparkasse leisten über 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein in den kommunalen Unternehmen tagtäglich ihre Arbeit. Diese Kommunalen Unternehmen sind Bestandteil des Vermögens unserer Stadt. So wie Sie sehe ich es als eine der wichtigsten Aufgaben an, dieses Vermögen dauerhaft zu erhalten und zu mehren. Dazu gehört auch, den Leipzigerinnen und Leipzigern bewusst zu machen, welchen Wert kommunale Daseinsvorsorge für sie und unsere Stadt darstellt. Für mich ist dabei der häufig verwendete Begriff ?Tafelsilber? nicht das richtige sprachliche Bild. Gelegentliches Putzen und gutes Wegschließen werden zum Werterhalt nicht reichen. Seine wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung wird der öffentliche Dienstleistungssektor insgesamt nur dann behalten können, wenn er auch in der Lage bleibt, sich zu verändern.

Die Ratsversammlung hat sich in Anerkennung des Bürgerentscheides vom 27. Januar 2008 klar bekannt: LVV, Stadtwerke, KWL, LVB, LWB, St. Georg und Stadtreinigung bleiben in kommunaler Hand. Dieses Bekenntnis ist wichtig. Es ist unsere Aufgabe, derartige Entscheidungsprozesse künftig mit einer größeren Transparenz und einer fundierten inhaltlichen öffentlichen Auseinandersetzung zu führen. Die Stadt als Gesellschafterin ist dabei ebenso gefragt wie die kommunalen Unternehmen selbst. Genauso wichtig ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen einer Steuerpolitik, die dem Staat die notwendigen Einnahmen sichert, um in eine soziale und umweltfreundliche Daseinsvorsorge investieren zu können.

Freundliche Grüße

Burkhard Jung

Frage zum Thema Finanzen

09.01.2013

Von:

Wolfgang Franke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich habe zwei Fragen:

Was verstehen Sie unter Daseinsvorsorge?

Gehören nach Ihrem Verständnis das Wassergut Canitz und seine Bewirtschaftungsflächen dazu, mit denen seit 100 Jahren die Qualität des Leipziger Trinkwassers gesichert wird?

Können Sie ausschließen, daß in Ihrer nächsten Amtszeit, so Sie wiedergewählt werden, kommunale Unternehmen und Betriebe verkauft werden?

Viele Grüße

Wolfgang Franke

Antwort von Burkhard Jung

bisher keine Empfehlungen

15.02.2013



Sehr geehrter Herr Franke ,

Wasser, Energie, ÖPNV, Gesundheit, Wohnen, Müllbeseitigung, Grünflächen ... - unsere Infrastruktur wird durch kommunale Unternehmen und Eigenbetriebe der Daseinsvorsorge gesichert. Das ist gut so und muss so bleiben. Ich werde in den kommenden Jahren unsere kommunalen Unternehmen - die LVV mit ihren Töchtern, die LWB, die Leipziger Messe, das St. Georg und unsere vielen weiteren Unternehmen weiter stabilisieren. Sie sind als tragende Säulen unserer Gemeinschaft und dem Wohl der Stadt verpflichtet. Verkäufe von Unternehmen im Kernbereich der Daseinsvorsorge sind ausgeschlossen. Dazu zähle ich auch das Wassergut Canitz.

Bei kleineren Unternehmen innerhalb unserer kommunalen Beteiligungsstruktur stehen derzeit keine Veräußerungen und auch keine Käufe an. Wir werden aber beständig prüfen, ob es aus gesamtstädtischer Sicht sinnvoll ist, Unternehmensanteile hinzuzukaufen oder zu veräußern.

Freundlich grüßt Sie

Burkhard Jung